



### ● Multilaterale Zusammenarbeit auf europäischer Ebene

Wenn Liechtenstein als Staat überleben will, muss es sich in besonderem Masse an einer politischen Mitarbeit in Europa beteiligen. Das heisst vor allem, das bisher Erreichte zu festigen und zu versuchen, Neues – auch auf eigenem Weg – zu erreichen. Dies gilt gerade bei der in jüngster Zeit erfolgten intensiven Bemühung der westeuropäischen Staaten, einen umfassenden Wirtschaftsraum zu schaffen.

Im Gegensatz zur Schweiz war Liechtenstein bis 1991 nicht Mitglied der *Europäischen Freihandelsassoziation (EFTA)*, sondern hatte der Schweiz Vollmachten erteilt, wonach das Übereinkommen zur Errichtung der EFTA auch auf Liechtenstein anzuwenden war, solange das Fürstentum mit der Schweiz eine Zollunion bildete. Liechtenstein war also nur über die Schweiz (durch ein Zusatzprotokoll) in die EFTA einbezogen.

Ähnlich, wenn auch nicht in gleich starkem Masse, zeigt sich Liechtensteins Abhängigkeit von der Schweiz bei den Zusatzabkommen mit der *Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft (EWG)* und der *Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl (EGKS)* von 1972. In diesen Abkommen wird Liechtenstein immerhin ein Vertreter in den jeweiligen Gemischten Ausschüssen zugestanden.

Einen der wichtigsten Schritte in der Aussenpolitik der letzten Jahrzehnte vollzog Liechtenstein mit dem Beitritt zum *Europarat*. Ihm gehört das Fürstentum seit dem 23. November 1978 als Vollmitglied an. Dies bedeutet die Bestätigung der liechtensteinischen Souveränität durch die anderen Mitgliedsstaaten, beinhaltet aber auch die Anerkennung Liechtensteins als rechtsstaatliches und demokratisches Land.

Liechtenstein ist auch in den Prozess der *Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (KSZE)* einbezogen. Diese Konferenz wurde 1975 in der Schlussakte von Helsinki begründet und wird im Rahmen von Folge- und Expertentreffen der ursprünglich 35, heute über 50 KSZE-Staaten fortgesetzt.

### ● Multilaterale Zusammenarbeit auf globaler Ebene

Der Beitritt zur UNO im Spätsommer 1990 war der logische weitere Schritt in den bisherigen aussenpolitischen Anstrengungen Liechtensteins. Zwar arbeitete Liechtenstein bereits in mehreren Spezialorganisationen der UNO mit, als Nichtmitglied war es aber von der politischen Mitarbeit ausgeschlossen. Liechtensteins Bevölkerung stand einem UNO-Beitritt eher vorsichtig-abwartend gegenüber: Eine Umfrage unter 560 Bürgerinnen und Bürgern brachte 1988 folgendes Ergebnis: